

Hamburg, den 15.06.2021

PRESSEMITTEILUNG

IFSH-Pressemitteilung: Nächste Bundesregierung muss Rüstungskontrolle zur Priorität erklären

Der morgige Gipfel zwischen US-Präsident Joe Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Genf lenkt den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit auf die Rüstungskontrolle – ein Thema, mit dem sich auch die neue Bundesregierung befassen muss. 13 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des IFSH haben nun eine aktuelle Studie veröffentlicht, in der sie analysieren und aufzeigen, welche Rüstungskontrollpolitischen Herausforderung auf die neue Bundesregierung zukommen. Dabei geben sie auch konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik.

Das Aufgabengebiet ist groß, die Agenda lang: Die nukleare Aufrüstung in Europa, der neue Atomwaffenverbotsvertrag, das Atomabkommen mit dem Iran, die nukleare Abrüstungsverifikation, das Chemiewaffenübereinkommen, die Cybersicherheit, die Regulierung vollautonom operierender Waffensysteme, die deutsche Drohnendebatte und die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. All das wird sich die neue Bundesregierung auseinandersetzen müssen.

„Die Beschäftigung mit der Rüstungskontrolle ist dringend nötig“, sagt Dr. Ulrich Kühn, Leiter des *Forschungsbereichs Rüstungskontrolle und Neue Technologien* am IFSH. „In den vergangenen Jahren sind uns die Rüstungskontrollverträge wie Steine bei einem Dominospiel einer nach dem anderen umgefallen.“ Grund dafür seien neue Großmachtkonflikte zwischen den USA, China und Russland sowie das Aufkommen teils bahnbrechender neuer Technologien, die auch militärisch angewendet werden können, wie beispielsweise die Künstliche Intelligenz. Allein deshalb müsse die nächste Bundesregierung die Rüstungskontrolle wieder zur Priorität erklären, so Kühn.

Die **zehn zentralen Empfehlungen** der Hamburger Friedensforscherinnen und Friedensforscher an die nächste Bundesregierung lauten im Einzelnen:

1. Die nächste Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass zusätzlich zu einem rechtsverbindlichen Abkommen zur Regulierung von **Autonomie in Waffensystemen** auch das Prinzip „bedeutsamer menschlicher Kontrolle“ im humanitären Völkerrecht verankert wird.
2. Die nächste Bundesregierung sollte die Verwendung von **Drohnen** zur gezielten Tötung außerhalb aktiver Kampfhandlungen nachdrücklicher verurteilen und sich sowohl innerhalb als auch außerhalb der NATO dafür einsetzen, dass die neue US-amerikanische Regierung diese Praxis beendet.
3. Die nächste Bundesregierung sollte bei „aktiven Verteidigungsmaßnahmen“ die Beteiligung des Bundestags in Form eines ständigen Unterausschusses

- sicherstellen, der den Einbruch in fremde Netzwerke zum Stopp laufender **Cyberattacken** autorisieren müsste.
4. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, den **Vertrag über den Offenen Himmel** als Instrument kooperativer Luftbeobachtung auch ohne die USA und gegebenenfalls ohne Russland zu erhalten und weiterzuentwickeln.
 5. Deutschland sollte dafür eintreten, dass bestimmte, im **Atomabkommen mit dem Iran** enthaltene Transparenzmaßnahmen und Restriktionen des iranischen Atomprogramms, in allgemeinere Kontrollbestimmungen des nuklearen Nichtverbreitungsregimes überführt werden.
 6. Die nächste Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die **Konferenz der Vereinten Nationen über bestimmte konventionelle Waffen** zwar Konsens als politisches Ziel beibehält, aber als Abstimmungsmodus zu Mehrheitsentscheidungen übergeht.
 7. Die nächste Bundesregierung sollte sich innerhalb der NATO für eine **nukleare Aufrüstungspause** in Europa und eine **Reform der nuklearen Teilhabe** einsetzen, um mittelfristig einen im Bündnis abgestimmten Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Europa zu erreichen.
 8. Deutschland sollte als Beobachterstaat an der ersten Vertragsstaatenkonferenz des **Atomwaffenverbotsvertrags** im Januar 2022 teilnehmen und die Weiterentwicklung des Vertrags aktiv begleiten.
 9. Die nächste Bundesregierung sollte **Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich nuklearer Abrüstungsverifikation** nachhaltig unterstützen und dafür ein nukleares Abrüstungslabor aufbauen.
 10. Deutschland sollte im Vorfeld der Überprüfungskonferenz des Chemiewaffenübereinkommens 2023 die konzeptionelle Neuausrichtung der Organisation für das **Verbot Chemischer Waffen** vorantreiben, um die Weiterentwicklung der Organisation nach Abschluss der Vernichtung aller Chemiewaffen sicherzustellen.“

Den Empfehlungsbericht „Rüstungskontrolle für die nächste Bundesregierung“ finden Sie hier: <https://ifsh.de/publikationen/research-report-006>

Am 22. Juni 2021, 17.00 – 18.00 Uhr, veranstaltet das IFSH aus Anlass der Veröffentlichung des Berichts eine öffentliche Online-Diskussionsveranstaltung. Weitere Informationen zur Veranstaltung und Registrierung finden Sie hier: <https://ifsh.de/veranstaltungen>

Für weitere Einschätzungen und Kommentare stehen Ihnen [Dr. Pia Fuhrhop](#) und die Autor*innen der einzelnen Kapitel zur Verfügung.

Kontakt:

Barbara Renne

Leiterin Kommunikation

renne@ifsh.de Telefon 040 866077-50 Beim Schlump 83 20144 Hamburg www.ifsh.de

Hintergrund zum IFSH

Was macht die Welt unsicher und was sind die gesellschaftlichen Bedingungen für Frieden? Welche internationale Ordnung und Sicherheitspolitik erfordert eine Welt, in der wir immer enger miteinander verflochten sind? Diese Fragen stehen im Zentrum der Arbeit am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH). Das Institut erforscht die Bedingungen von Frieden und Sicherheit in Deutschland, Europa und darüber hinaus.

Dabei verbindet das IFSH wissenschaftliche Grundlagenforschung mit zentralen Fragen der aktuellen Friedens- und Sicherheitspolitik aus interdisziplinärer Perspektive. Das IFSH gehört zu den führenden Friedensforschungsinstituten in Deutschland und wird von der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert. Seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten eng mit der Universität Hamburg, mit Institutionen in der Metropolregion Hamburg und mit wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland zusammen.

Gefördert von:

